

jung.sozialistisch.

Der Newsletter der Jusos in der SPD Dresden Ausgabe 10/11

Vorwort

von Benjamin Kümmig

Die Einen aktivieren die Zivilgesellschaft, die Andren die treudoofe Gefolgschaft...

Sachsen hat einen handfesten Skandal:

...die Staatsregierung verfolgt alles, was nicht in ihr Raster von höriger Zivilgesellschaft fällt.



Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort
2	Die Arbeitskreise
4	Neues aus dem Landesverband
5	Bundesjusos
6	Kastriert die Bullen
9	Termine
9	Redaktion

...der Justizminister belügt die Abgeordneten nach Strich und Faden.

...sächsische Beamte reiten mit gezogener Pistole und ohne Information der zuständigen Behörden in anderen Bundesländern ein.

...der TU-Rektor wird von Abgeordneten unter Druck gesetzt, weil sein StuRa die Zivilgesellschaft stärken möchte und gegen Nazis vorgeht.

...Dynamo-Fans skandieren massenhaft rassistische und antisemitische Gesänge, überfallen eine antirassistische Dynamo-Fan-Initiative, verprügeln die zweite Mannschaft von Alba Berlin und alle heulen wegen einem Plakat der Frankfurter rum.

...die Durchsuchungen von Partei- und Anwaltsbüros waren rechtswidrig, urteilen Gerichte.

...das zur Grundlage für Prozesse gegen BlockiererInnen genommene sächsische Versammlungsgesetz ist verfassungswidrig, das Bundesgesetz darf nicht zur Anwendung kommen, trotzdem werden seit Monaten friedliche BlockiererInnen drangsaliert.

Könnte man was draus machen, oder nicht? Könnte man... Würden wir in einer wirklichen Demokratie leben. Wenn die Justiz unabhängig wäre, wäre das auch möglich. Nur haben wir ein Problem: wir leben in Sachsen. Da schreibt ein dahergelaufener Schmierfink als Handlanger der CDU unwahre Tatsachenbehauptungen in sein Blatt, und prompt danken ihm der innenpolitische Sprecher der CDU Sachsen für die herausragende Recherche und die Rettung der Demokratie, der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP mit seiner Bubi-Schar, allen voran Carabinieri Karabinski, ist natürlich auch zur Stelle. Und der hellste Kopf der Bande, Patrick Schreiber, sieht die Exzellenzinitiative der TU Dresden gefährdet.



Von wem fragt ihr euch? Von der Mafia? Von den Nazis? Von Terroristen aller Religionen? Vom Papst? Von Atomkraftwerken? Nein. Vom Juso-Vorsitzenden... Dieser ist nämlich eine der mächtigsten Personen in diesem Freistaat. Wenn der was sagt, ist das Gesetz, wenn der was sagt, dann hören alle ganz genau zu, wenn der was sagt, dann sind sie alle da und alarmiert. Ich persönlich kann dieser allumfassenden Rolle nicht mehr gerecht werden und werde mich deswegen auf der nächsten Unterbezirkskonferenz nicht wieder zur Wahl stellen. Mal im Ernst: die Narren in Grün, Gelb und Schwarz kriegen mich nicht dazu, nicht noch mal anzutreten, aber es gibt persönliche Gründe, die mich dazu veranlassen, dass dieses Intro hier das Letzte als Juso-Vorsitzender dieses schönen Unterbezirks ist. Ich freue mich auf eine spannende UBK mit guten Personalentscheidungen, vielfältigen inhaltlichen Debatten und einer Party im Anschluss, die sich gewaschen hat: der Genosse Kaniewski feiert seinen Abschied aus dem Landesvorstand, und ich trinke gerne auf den neuen Vorstand mit euch :)

Mit jungsozialistischen Grüßen,

Ben

Die Arbeitskreise

AK Kommunales

von Stefan Engel

Strom kommt doch aus der Steckdose? – Energiepolitik in Dresden

Strom kommt tatsächlich aus der Steckdose, das soll mit diesem Artikel auch keineswegs bezweifelt werden, doch stellen sich glücklicherweise immer mehr Menschen die Frage was davor passiert. In Anbetracht der sehr düsteren Klimaprognosen und der eher mäßig guten Luft in Dresden gibt es dafür auch handfeste Gründe. Was lag da näher als den umweltpolitischen Sprecher der Stadtratsfraktion Albrecht Pallas einzuladen? Gesagt, getan, da saß er am 5. September in der Genossenschaft und bot uns einen interessanten Einblick in die Geschichte und Zukunft der Dresdner Energiepolitik.

Zunächst einmal ist es eindeutig falsch zu sagen, dass sich in den letzten zwanzig Jahren in Dresden hinsichtlich Energieerzeugung nichts getan hat. Moderne Kraftwerksbauten wie an der Nossener Brücke oder die Vielzahl energetisch sanierter Häuser beweisen das. Doch muss man feststellen, dass es im letzten Jahrzehnt kaum noch messbare Fortschritte gab. Der Energieverbrauch sank kaum noch und auch die Luftverschmutzung blieb weiterhin hoch. Der Nachholbedarf aus DDR-Zeiten war befriedigt.

Es wäre also zweifelsohne notwendig endlich mit einem weitgreifenden Konzept die energiepolitische Entwicklung Dresdens wieder anzustoßen. Daran fehlt es aber. Es gibt viele einzelne, oftmals auch sehr sinnvolle Initiativen der Stadtverwaltung, doch der „große Wurf“ ist bisher nicht gelungen. Denn es hakt in Dresden umwelt- und energiepolitisch an vielen Stellen: Zum einen fehlt es an einer wirklich umfassenden Bauleitplanung die energetische Aspekte ausreichend würdigt. Regelungen, wie z.B. Solarsatzungen sind hier unbekannt. Auch die DREWAG als städtischer Versorger schenkt dem Thema nicht die gebotene Aufmerksamkeit. Die autofreundliche und somit umweltfeindliche Verkehrspolitik der konservativen Stadtratsmehrheit passt ebenfalls in dieses Bild.



Um diesen Stillstand zu beenden, muss man die Energiepolitik auf verschiedenen Ebenen verändern: Einerseits stellt sich die Frage wie wir unseren Strom und unsere Wärme produzieren: Kohle, Gas, Photovoltaik und Biomasse sind einige Beispiele. Dann muss geschaut werden, wie effizient wir diese Energie produzieren. Ein hoher Wirkungsgrad und kurze Transportwege sind da natürlich vorteilhaft. Und zum anderen muss sich jedeR einzelne BürgerIn fragen, ob es überhaupt notwendig ist so viel Energie zu verbrauchen. Gibt es nicht Möglichkeiten neue Technologien einzusetzen und ist ein wenig mehr Sorgfalt bei diesem Thema nicht sowieso angebracht?

Einzelne lobenswerte Ansätze gibt es hierbei schon: Die Stadtverwaltung hat zum Beispiel ein „Klimaaoffice“ eingerichtet (eine SPD-Forderung). Die Schulsanierung muss man des Weiteren positiv erwähnen: Viele Schulen wurden energetisch schon hochwertig saniert und in den nächsten Jahren sind durch das Schulsanierungsprogramm noch große Fortschritte zu erwarten. Doch was nützt eine energetisch sanierte Schule, wenn bei laufender Heizung Fenster geöffnet werden? Da ist auch bei den Menschen und insbesondere bei den städtischen Beschäftigten eine weitergehende Sensibilisierung von Nöten.

Doch genug der Kritik. Wer sich mit dem Thema Energiepolitik in Dresden noch weitergehender beschäftigen will, der meldet sich am besten direkt bei Albrecht, der in der Stadtratsfraktion den AK Umwelt und Energie leitet: albrecht.pallas@gmx.de. Bei mir könnt ihr natürlich auch gerne rückfragen, am besten unter stefan.engel.dd@googlemail.com. Ich hoffe euch beim nächsten AK Kommunales auch antreffen zu können, die Einladung geht selbstverständlich rechtzeitig raus. ☺

AK Integration

von Maher Arzouni

Der AK-Integration hat für die Zeit der Semesterferien (August bis September) eine Auszeit genommen, um im Oktober umso fulminanter ins letzte Quartal des Jahres 2011 zu starten.

Begonnen wird - wie üblich – mit einer Sitzung am dritten Mittwoch des Monats, also am 19.10.11. Bei dieser Sitzung habt ihr die Möglichkeit eure Vorstellungen über eine gelungene Integration von Dresdner MigrantInnen mit anderen weiterzuentwickeln und festzuhalten. Denn bereits am 26.10.11 bieten wir euch an, an einem Theaterworkshop in Zusammenarbeit mit dem Theaterpädagogen Frank Hohl und seiner Theatergruppe teilzunehmen. Allerdings ist das nicht der einzige Termin in diesem Monat. Treffpunkt ca.18 Uhr, in den Räumen des Kulturtreffs-Johannstadt, Elisenstr. 35 in Dresden (Stadtteil mit dem höchsten Migrationsanteil), wie gesagt, am 26.10.11. Der Theaterworkshop findet im Rahmen des Theaterprojekts „Deutschland erfindet sich neu“ statt. Mit diesem Theaterprojekt setzen sich die TeilnehmerInnen und die Zuschauer mit Fragen zum Glauben, dem Leben und der Liebe auseinander und regen zu eigenen Antworten an.

Das Projekt will die pluralen muslimischen Stimmen in unserer Gesellschaft ernst nehmen, sowie die Trennlinien zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund abbauen. Das Projekt arbeitet an einer gemeinsamen Vision der Zukunft unseres Landes und bringt diese auf die Bühne. So viel zum Theaterprojekt, in dessen Rahmen der Theaterworkshop stattfindet.

Ziel dieses Theaterworkshops ist es, sich auf einer persönlich-kreativen Ebene mit dem Thema Integration zu auseinandersetzen. In der Theatergruppe befinden sich bereits einige MigrantInnen, dennoch können es ruhig mehr werden. Wenn ihr also migrantische Freunde oder Bekannte habt, für die ein solches Projekt interessant klingt, könnt ihr diese ruhig zur Teilnahme einladen.



Die Teilnahme am Workshop verpflichtet natürlich nicht zur Teilnahme am Theaterstück, dennoch ist Frank gegenüber Interessierten aufgeschlossen. Ich hoffe sehr, dass der Theaterworkshop Integration euer Interesse weckt und freue mich auf eure Teilnahme.

Neues aus dem Landesverband

von Caroline Hühn und Stefan Kowanda

Jahresthema, Kommunikation, Weiterbildung, Wahlkampf, Partei und ländliche Unterbezirke... viel zu tun und viel zu planen gab es also bei der Klausur des neu gewählten Landesvorstands der Jusos Sachsen.

Wir haben uns zum Beispiel darauf verständigt, dass 2012 ganz unter dem Thema Inneres stehen wird. Geplant ist die Gründung eines neuen LAK beim LAK-Wochenende im Dezember. Für diesen kommen dann eine Reihe von Themen in Frage: Natürlich die Frage was vor geht: Freiheit oder Sicherheit? Wie kann man beides garantieren? Welche Mittel braucht der Rechtsstaat, um seine Bürger zu beschützen? Von welchen sollte er keinen Gebrauch machen? Gerade auf die letzte Frage fallen uns in Dresden sicher einige Antworten ein. Aber natürlich ist noch mehr denkbar: Netzpolitik oder unsere Haltung zum Thema Umstrukturierung der sächsischen Polizei. 2013 wird dann naturgemäß ganz im Zeichen des Wahlkampfs stehen. Welche Themenschwerpunkte wir dann mit welchen Mitteln verfolgen, wird noch debattiert. Insgesamt streben wir einen verstärkten Kontakt zu den UBs an, auch was inhaltliche Veranstaltungen angeht.

Verantwortlich für Dresden sind – Überraschung – Stefan Kowanda und Caroline Hühn. Ihr könnt euch mit allen Fragen und Hinweisen gern jederzeit an uns wenden, einfach per Mail an caroline31@gmx.de oder stefan.kowanda@web.de. Oder natürlich per Telefon: Caro unter 0171-2192518, Stefan unter 0162-8620853. Wir werden auch versuchen, bei möglichst vielen Veranstaltungen des UBs – und mithin ansprechbar – zu sein.

Auch im nächsten Jahr soll es zahlreiche Möglichkeiten der Weiterbildung geben, sowohl inhaltlicher als auch methodischer Art. Dazu wird es noch in diesem Jahr eine Bedarfsabfrage geben, sodass es Seminare entsprechend euren Wünschen geben wird. Los geht's schon in diesem Jahr: vom 4.-6.11. findet in Dresden ein Seminar zu Grundlagen von Sozialismus und Demokratie statt. Es steht allen offen und soll insbesondere (neuen) Jusos einen Einblick in unseren Wertekonsens geben.

Außerdem haben wir auf der Klausur zwei weitere Dresdner kooptiert: Sebastian Storz als Gleichstellungsbeauftragten und Vincent Drews als unseren Vertreter im Bündnis „Zukunft und Zusammenhalt.“

Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit euch und zwei erfolgreiche Jahre!



Bundesjusos

Netzwerkstelle Netzpolitik

von Mathias Rudolph

Vom 30.09. bis zum 01.10. fand in Berlin die von den Bundes-Jusos veranstaltete Netzwerkstelle Netzpolitik statt. Eingeladen waren jeweils zwei (quotiert) Jusos aus jedem Bundesland die sich mit dem Themen rund um die Netzpolitik beschäftigen. Anwesend waren leider nur etwa 15 Jusos wobei Bayern und Berlin quotiert waren. Ziel der Veranstaltung war es, im Lichte des Wahlerfolgs der Piraten-Partei, die Juso-eigenen Bemühungen auf dem Gebiet zu erkunden und sich zu vernetzen. Aber der Reihe nach.

Den Auftakt zur Veranstaltung machte ein Vortrag zum Thema "Internet". Gehalten von Henning Tillmann hatte der Vortrag das Ziel die Technik die hinter dem Internet steckt leicht verständlich zu erklären. In Zukunft soll für das Thema Netzpolitik ein Refferent_innenpool aufgebaut werden, der es ermöglicht schnell kompetente Ansprechpartner zu bestimmten Themen anzusprechen. Dazu sollen auch Standardvorträge zu grundlegenden Themen gehören, wie etwa "das Internet". Solche Vorträge sollen als Vorlage bereitgestellt werden und dann von Jusos gehalten werden die sich mit dem Thema beschäftigen. Als Anlaufpunkt für den Referent_innenpool steht, sowohl für Anfragen als auch Hinweise, netzpolitik@spd.de bereit.

Zum zweiten Tagespunkt wurde der Musterantrag "Grundrechte wahren, Freiheit und Sicherheit stärken: Vorratsdatenspeicherung verfassungskonform überarbeiten und differenziert betrachten" besprochen. Der Musterantrag wurde in einer Arbeitsgruppe erstellt und müsste über eine Gliederung zum Bundesparteitag eingebracht werden müssen, was nach meinem letzten Kenntnisstand nicht der Fall war. Mitglied der Arbeitsgruppe ist Henning Tillmann der auch zur Diskussion anwesend war.

Der Musterantrag stellt eine Art Minimalforderung zur Vorratsdatenspeicherung dar, er verlangt "lediglich" eine 80-tägige Speicherpflicht von IP-Verbindungsdaten (Welcher Rechner kommuniziert mit welchem Rechner, zum Beispiel: Aufruf Website, Skype-Anruf, Chat) sowie eine 7-tägige Speicherpflicht von Telefonverbindungsdaten. Lehnt aber das Speichern von Mobiltelefonstandortdaten und E-Mail-Verbindungsdaten ab. (Für ein Vergleich verschiedener Forderungen: <http://bit.ly/vdstab>) In der Diskussion um den Antrag kristallisierte sich die einhellige Meinung heraus, dass die Jusos Vorratsdatenspeicherung (VDS) im allgemeinen ablehnen. Egal ob Euphemismen wie Quick-Freeze oder Mindestdatenspeicherung verwendet werden. Der Staat darf nicht massenhaft das Fernmeldegeheimnis aller Bürger anlasslos verletzt, dieses Vorgehen ist abzulehnen. Eine solche maßlose Einschränkung der Freiheitsrechte kann nicht hingenommen werden.

Aber der Reihe nach, welche Probleme entstehen durch die VDS? Je nach Ausmaß gibt es Bestrebungen die gespeicherten Daten auch für zivilrechtliche Verfahren zugänglich zu machen. Das ist der Lobbyarbeit der Rechteverwerter und Abmahnindustrie zu verdanken, die ihr Geschäftsmodell auf einem veralteten Urheberrecht aufbauen. Aber auch wenn man kleinere Verstöße ausnimmt und nur die sogenannten schweren oder schwersten Straftaten, wie beschrieben im Musterantrag §3a, "[...] insbesondere Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit und die sexuelle Selbstbestimmung (Katalogstraftaten nach §100a StPO)" verfolgt, ist der Nutzen der VDS nicht klar. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags hat im Februar 2011 ein Rechtsgutachten zur "Vereinbarkeit der Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten mit der Europäischen Grundrechtecharta" [1] erstellt und kam darin auf Seite 20 zu dem Schluss,



dass die "[...] Vorratsdatenspeicherung bislang nur marginal um 0,006 % verbesserte Aufklärungsquote [...]" liefert. Dieser kriminalistische "Erfolg" wiegt wohl kaum den schwere Grundrechtseingriff und die potentiellen Missbrauchsmöglichkeiten der VDS auf. Missbräuche wie sie bei Strafverfolgungsbehörden immer wieder auftreten, wie zuletzt um die Ereignisse zum 13. Februar in Dresden. Ein weiteres Problem ist die Kostenfrage. Wer zahlt für die nötige Infrastruktur um die Unmengen von Daten für das Gutdünken des Staates bereit zu halten? Sollen die Internetprovider wie Telekom, Vodafone, Alice, usw. die Kosten tragen? Die würden sicherlich direkt auf die Kunden zurück fallen.

In einem Zeitalter da der Internetanschluss immer wichtiger wird und trotzdem noch lange nicht für jeden erschwinglich ist, sicherlich ein Rückschritt. Sollen die Kosten vom Staat getragen werden? Also letztlich vom Steuerzahler. Auch das ist sicher nicht gerecht. Letztlich muss man klar sagen, die Jusos stehen für einen freiheitlichen Staat, VDS hat darin keinen Platz. Am zweiten Tag wurde über die Fahrtrichtung des Juso-Bundesverbands in Sachen Netzpolitik gesprochen. Wo soll es in Zukunft hin gehen für die Jusos, welche Themen sind wichtige und wo sollten Schwerpunkte gesetzt werden. Dazu wurden vier Schwerpunkte herausgearbeitet: Gleichstellung in der Netzpolitik, Urheberrecht, Auswirken sozialer Ungleichheit und Privatsphäre.

In Zukunft soll es regelmäßige Treffen geben um die Arbeit voran zu treiben.

[1] http://www.vorratsdatenspeicherung.de/images/rechtsgutachten_grundrechtecharta.pdf

Kastriert die Bullen

von Christian Mehrmann

New York ist nicht Tunis, auch nicht Kairo oder Bengasi. Die Bewegung „Occupy Wall Street“ möchte keine Diktatoren entmachten und sieht sich nicht schwer bewaffneten Loyalisten gegenüber, die verzweifelt oder auf Befehl um sich schießend versuchen, die alte Macht mit Gewalt im Sessel zu halten. Gleichwohl gibt es Parallelen zwischen den Ereignissen hier wie dort. Sie können ähnliche Sprengkraft entwickeln, auch wenn Antworten auf die gestellten Fragen höchst unterschiedlich und verschieden komplex ausfallen.

In Manhattan wie in Kairo war und ist es „dieselbe Kohorte entfremdeter junger Menschen“, die mit „demselben klugen Einsatz von Twitter und anderen sozialen Netzwerken“ für ihre Sache Unterstützung finden. An diesen Orten, so schreibt Nicholas D. Kristof von der *New York Times*, gab und gibt es eine „ähnliche Welle jugendlicher Frustration über ein politisches und ökonomisches System, das die Protestierenden als zerrüttet, korrupt, unempfänglich und unverantwortlich bezeichnen“.

New York steht damit inhaltlich in einer Reihe mit den anderen, westlichen Orten des Protestes in diesem Jahr 2011, mit Madrid, Tel Aviv und Athen, in denen Tausende dagegen protestieren, dass ihre gewählten VolksvertreterInnen sich als unfähig erwiesen haben, die Interessen ihrer Bevölkerung gegen den Einfluss unregulierter Finanzmärkte durchzusetzen, gegen den Vorrang des Militärischen vor dem Sozialen, gegen Selbstbereicherung und Opportunismus. In New York monieren junge Menschen die Privatisierung von Gewinn in den Taschen der Bankiers und die Sozialisierung des Verlustes durch Steuergelder. Sie empören sie darüber, dass reiche Volkswirtschaften nicht imstande sind, ihrer immer besser ausgebildeten Jugend keine Zukunft zu bieten, keine Arbeitsplätze, keinen Sinn außer der immerwährenden Jagd auf das flüchtige monetäre Gut. Soweit ist das kein neues, und schon gar kein allein amerikanisches Problem. Insbesondere junge Menschen sind auch in der Vergangenheit auf die Straße gegangen, wenn sie in ihrem politischen System keine Zukunft für sich sahen.



Das war so 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei, 1970 wieder in Polen und 1989 in der DDR. So sahen wir es 2011 in Tunis, Kairo und Bengasi. Wo wir es bisher nicht gesehen haben, sind die USA. Hier galt seither, dass der Reichtum Weniger sich auch für die übrigen Vielen auszahlen würde. Doch dieses Versprechen gilt nicht mehr. Heute bleibt der Tellerwäscher an der Spüle, und der Millionär kauft sich noch ein weiteres Haus. Dagegen protestieren die New Yorker – mit Parolen aus dem 19. und 20. Jahrhundert.

„Wir sind 99 Prozent“ skandieren sie in New York. Ein Hundertstel der Amerikaner besitzt so viel Geld wie 90 Prozent aller BürgerInnen zwischen Boston und Seattle zusammen. Manche der Reichen bezahlen prozentual weniger Steuern als ihre Sekretärinnen. Besonders die Wall Street gilt als Inkarnation des kapitalistischen Diktats. Banken, die „too big to fail“ waren, erhielten Milliarden vom Staat. Nun geht es ihnen wieder besser – die Boni fließen. Dabei bleibt die Arbeitslosigkeit hoch, Menschen können ihre Hypotheken nicht bedienen, ihre Häuser werden zwangsversteigert, Neid und Fremdenfeindlichkeit gedeihen. Auch Obama wird dagegen nun nichts mehr machen – der Präsidentschaftswahlkampf steht vor der Tür. Währenddessen haben sich zahlreiche Staaten mit enormen Schulden belastet, um den Preis für die Finanzkrise seit 2008 zu bezahlen und die Wirtschaft am Leben zu halten – allen voran die USA. Laut Verfassung darf der amerikanische Staat aber nur eine festgelegte Menge an Schulden anhäufen. Kommt er darüber, werden BeamtInnen, SoldatInnen und PolizistInnen, LehrerInnen und ProfessorInnen nicht mehr bezahlt, während sich Ratingagenturen fleißig in die Kreditwürdigkeit funktionierender Staatsgebilde schneiden und ihre Aufnahme neuer Finanzmittel damit unmöglich machen. Wer bezahlt dann Schulen, Straßen, öffentliche Sicherheit? Die Stimmen der PolitikerInnen, die laut „Stopp“ rufen, gibt es nicht. Ebenso wenig, wie Vernunft und das Bewusstsein für die Folgen des eigenen Handelns.

Und was ist überhaupt zu tun? Bisher mangelt es der sozialen Bewegung an konkreten Zielen. Sie sind einig in ihrer Empörung, nicht in ihren Absichten. Sie klagen an, ihre Transparente fordern: „Kastriert den Bullen“, „Keine Korruption mehr!“ und „Make Jobs, not War!“ Sie beklagen ein weltweites amerikanisches Imperium mit 700 Militärbasen in 135 Ländern und dass ihr Staat Diktatoren mit Millionen speist. Sie fragen das oberste Prozent, warum es keine Steuern zahlt und die New Yorker Polizei, warum sie Banker beschützen, aber „the people“, das Volk drangsaliert, verprügelt oder seiner verbrieften Rechte beraubt – der Massen, für deren Schutz sie Eid geleistet haben und aus deren Steuermitteln sie jeden Monat ihr Gehalt bekommen.

Die Empörung kennt also viele Ursachen – manche von ihnen sind sehr amerikanisch. Allen voran ist es die Unfähigkeit des Staates, welche die Menschen auf die Straße treibt. Er ist nicht in der Lage, die Finanzen im Zaum zu halten, während er seine BewohnerInnen reguliert, überwacht und teils brutal in die Schranken weist. Der Gegner der Protestierenden ist dabei sehr abstrakt, er entwischt und nimmt viele Gestalten an – was ist der „Markt“, und wenn ja, wie viele –, während die Empörten selbst konkret sind und das, was ihnen gehört – ihr Geld, ihre Souveränität, ihre Zukunft – wieder zurückfordern. Deshalb besetzen sie die Wall Street – das ist mehr als ein Zeichen gedacht denn als gerichtete Aktion: „We claim our money back!“ Bisher sind es in New York einige Hundert, möglicherweise schon über Tausend. Ähnliche Bewegungen brodeln derweil bereits in Chicago, San Francisco, Los Angeles und Washington. Vielleicht entsteht hier etwas, das durch Repression allein nicht aufgehalten werden kann. Dazu ist die Welt zu vernetzt, YouTube, Twitter und Facebook sind Zeugen der Ereignisse. Es bleibt die Frage nach den Zielen. „Sozialer Druck“ ist der „einzige Weg, über den Menschen wie wir ohne Macht und Geld zumindest versuchen können, die Dinge zu ändern“, meint eine spanische Studentin.



Vielleicht ist das hier aber auch „die Gelegenheit für einen neuen Stil in der Art, wie Menschen miteinander umgehen“, überlegt ein etwas routinierterer Linker. Zu verlieren hat er nichts – „we’re fucked either way, but it’s worth a shot“. Konkreter empfiehlt Nicholas D. Kristof die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer, die Erhöhung des Kapitalstocks von Banken, wie sie in Europa mit den Basel III-Regulierungen festgeschrieben sind, sowie die Verbesserung der Steuergerechtigkeit, indem Schlupflöcher gestopft werden.

So sinnvoll diese Vorschläge sind, machen sie Eines deutlich: „Occupy Wall Street“ fordert einfache Antworten für hochkomplexe Zusammenhänge. Statt Herrschaft der Finanzmärkte wollen sie „wahre Demokratie“ und ein Amerika, das wieder zu sich selbst findet, statt von „Republicrats“ – Republicans und Democrats, die unterschiedslos für dieselben Sachen stünden – regiert zu werden. Sie wollen einen altruistischen Staat, der sich zuallererst um das „Kollektiv“ kümmert. Doch sind das die Antworten auf die Probleme des frühen 21. Jahrhunderts?

Ja und nein. Sie sind Antworten, da sie uns an zwei Sachen erinnern. Erstens, dass wir offensichtlich aus den politischen Denk- und Handlungskategorien nicht ausbrechen können, die wir uns in den letzten 200 Jahren gegeben haben. Und zweitens, dass der Staat zuerst den Menschen dienen soll, den derzeitigen und zukünftigen Wählerinnen und Wählern, nicht der Wirtschaft mit ihren Derivaten, Leerverkäufen, Bad Banks und Eurobonds, deren Sinn nur ExpertInnen verstehen. Zugleich sind es keine guten Antworten, da sie verkennen, dass auch „die Wirtschaft“ oder „der Markt“ dem Menschen dient. Denn der Markt, das sind wir, die wir kaufen, sparen, anlegen, Versicherungen abschließen – und uns über Zinsen und Ausschüttungen freuen. Freier und weltweiter Handel, Kommunikation und Austausch, Wohlstand und soziale Sicherheiten sind die Errungenschaften der letzten 200 Jahre seit der Französischen Revolution.

Die Fragen unserer Zeit erfordern die Antworten unserer Zeit, nicht eine ungerichtete antikapitalistische und vereinfachende Rhetorik. Spätestens seit dem Zusammenbruch des Kommunismus – wenn nicht seit der Auflösung der festen Wechselkurse im Bretton-Woods-System – regieren die Demokratien der Welt auf Wohl und Wehe undemokratischer, hochkomplexer und unregulierter Finanzgebilde, die scheinbar grenzenlos Wert schöpfen und sich wenig um die Zukunft des Euro kümmern oder ob es einer Volkswirtschaft gut geht. Seit nicht allzulanger Zeit begeben sich die Demokratien dieser Welt zudem in Abhängigkeit einzelner autokratischer Staaten wie China und machen sich erpressbar. Auch wenn gegenseitige Abhängigkeit selten zu Krieg führt, kann niemand eine solche Abhängigkeit demokratisch nennen. Dieser Zustand gehört angeklagt. Denn Verantwortlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Kontrolle bleiben dabei auf der Strecke. Das globale Finanzsystem muss vereinfacht und transparenter werden. BürgerInnen müssen wieder verstehen können, was mit ihrem Geld passiert und warum wir ein Interesse an Zuwanderung, offenen Märkten und dem Euro haben. Verantwortlichkeit gilt es wiederherzustellen, wollen wir einen erneuten Schritt hin zu mehr Demokratie und Gerechtigkeit wagen. Wir fordern diese Werte in Politik und Bildung, und brauchen sie auch endlich in Wirtschaft und Finanzsystem.

In welcher Welt wir leben wollen, müssen wir uns genauso fragen, wie die Protestierenden in New York es tun, wie die Empörten in Tunesien und Ägypten, in Syrien und dem Jemen, im Iran und in Bahrain. Die Demonstrierenden im Nahen Osten und in Nordafrika haben es uns gegenüber – bei denen es „nur“ ums Geld geht – in einer Hinsicht einfacher. Sie wissen, wogegen und wofür sie sind, auch wenn der Weg gefährlicher ist und der Ausgang unsicher. Bestenfalls stehen sie am Anfang der Demokratie. Wenn New York für uns kein Neuanfang ist, stehen wir – vielleicht – an ihrem Ende.



Termine

11. Oktober 2011, 17 Uhr Zur Zukunft der Kinder- und Jugendpolitik, Landtag, Raum A300
13. Oktober 2011, 19 Uhr Arbeitskreis-Vernetzung, Genossenschaft (Prießnitzstr. 17)
13. Oktober 2011, 19 Uhr Einwohnerversammlung Krankenhäuser, Rathaus-Lichthof
14.-16. Oktober 2011, Neujuso-Wochenende der Jusos Sachsen, Dahlen
15.- 16. Oktober 2011, Symposium Datenspuren, Scheune (Alaunstraße 36-40)
19. Oktober 2011, 19 Uhr Arbeitskreis Integration, Genossenschaft
19. Oktober 2011, 19 Uhr SPD-Unterbezirksvorstand, Landesgeschäftsstelle
20. Oktober 2011, 19 Uhr Juso-Unterbezirksvorstand, Genossenschaft
26. Oktober 2011, 10 Uhr Vorstellungsstraße der Hochschulgruppen, Hörsaalzentrum
27. Oktober 2011, 19 Uhr Mitgliederversammlung, Genossenschaft
29. Oktober 2011, 12 Uhr Unterbezirkskonferenz, Ort wird noch bekannt gegeben
zum vormerken:
04. - 06. November 2011, Seminar: Grundlagen von Sozialismus und Demokratie
25. November 2011, 19 Uhr Pokerabend der Jusos Dresden, Genossenschaft

Redaktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Newsletter an sich und auch sein Layout befinden sich in einem dynamischen Prozess der Neu-, Um- und Verstrukturierung. Wenn ihr Anmerkungen, Kritik, LeserInnenbriefe, Verbesserungsvorschläge oder andere Sachen habt, die ihr loswerden möchtet, so richtet diese bitte an uns unter hannah-bildung@gmx.de oder vincentdrews@googlemail.com oder ruft an unter 01577 8958133 oder 016093721104! Auch eure Mitarbeit in der Redaktion des Newsletters ist gern gesehen!



Mit jungsozialistischen Grüßen
Hannah und Vincent

**Redaktionsschluss
nächster Newsletter:
29. Oktober 2011**

